

KOSOVO

Bedingte Autonomie



(Foto: Caritas)

Caritas-Luxembug lässt an der Universität des Saarlandes mögliche Zukunftsmodelle für das Kosovo studieren.

(ergué) - Praktische Philosophen sind nicht unbedingt gute Redner. Diesen Eindruck hinterließ jedenfalls Wilfried Hinsch, Professor für praktische Philosophie an der Universität des Saarlandes, anlässlich einer Pressekonferenz der Caritas am Dienstag zur Frage des zukünftigen Status des Kosovo. Hinsch begleitete den Doktoranden Lex Folscheid, der für das Eikon-Institut (Ethik Internationaler Konflikte) der saarländischen Uni und im Auftrag der Caritas die Studie "Die Zukunft des Kosovo" vorstellte. Der Professor setzte seine Arbeit und somit auch Folscheids Studie in den Kontext der Auseinandersetzungen rund um die Nato-Intervention in Jugoslawien im Jahre 1999. Ausgehend von einem "dogmatischen Pazifismus der deutschen Linken, der weltfremd und moralisch außerordentlich fragwürdig war" und der Zielsetzung, "der Verletzung der Menschenrechte im Kosovo nicht tatenlos zuzusehen und ihre Einhaltung notfalls auch mit militärischen Mitteln zu erzwingen", ließen Hinschs einleitende Worte einen einseitig auf die Interessen der Kosovo-Albaner ausgerichteten Lösungsvorschlag erwarten. Ebenfalls kein gutes Haar fand Hinsch an damals von einigen Kriegsgegnern vorgeschlagenen Wirtschafts-sanktionen, womit er indirekt den Auftraggeber Caritas wenn schon nicht als dogmatisch, dann doch als naiv abstempelte. Der Wohlfahrtsverband hatte damals Sanktionen gegen Jugoslawien gefordert.

Zum Glück stellt sich die Studie dann doch als ein eher differenzierter Versuch dar, die Statusfrage des Kosovo im Lichte der Interessen aller Beteiligten zu beleuchten. So lässt der Autor auch nicht verkennen, dass die Nato-Operation aus dem Jahre 1999 nicht unbedingt der ideale Weg in eine Befriedung der Region darstellte.

Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, die den Kosovo-Krieg beendete, ließ die Statusfrage offen. Ihre Widersprüchlichkeit führte dazu, so Folscheid, dass "die Entwicklung des Landes sich fortan im Kreis drehte". Entsprechend entmutigend sieht die wirtschaftliche und politische Bilanz der Region, mehr als fünf Jahre nach der Nato-Intervention, aus. Die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung

ist ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote schnellte stellenweise bis auf 70 Prozent hoch. 47 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, 13 Prozent werden als äußerst arm eingestuft. Dieses Bild sähe noch düsterer aus, wenn es nicht die Geldtransfers der in der Diaspora lebenden Exil-Kosovaren gäbe. Das Kosovo hängt somit am Tropf der internationalen Hilfe, eine Situation, die sich seit der Einsetzung der UN-Verwaltung Unmik nicht verbessert hat.

Vordergründig betrachtet hat die internationale Verwaltung zwar zu einer Abnahme der ethnisch bedingten Morde geführt, doch die Unruhen vor einem Jahr, bei denen es 19 Tote und 800 Verletzte gab, haben gezeigt, wie zerbrechlich die Frieden in dem Land ist. Wie wenig Perspektive die aktuelle Situation bietet, zeigen auch Umfrageergebnisse, laut denen 70 Prozent der BewohnerInnen des Kosovo am liebsten auswandern würden - ein Trend, der sich durch alle ethnischen Gruppen zieht.

Ausgehend von dieser negativen Bestandsaufnahme entwickelt Folscheid die These, dass es zunächst einer Klärung des Status des Kosovo bedarf. So lange nicht klar ist, unter welchen politischen Leitlinien der Kosovo sich entfalten kann, so lange werden Entwicklungspotenziale ungenutzt bleiben. Die Region ist vom internationalen Handel faktisch ausgeschlossen. Ein Beispiel: Eine von der Caritas-Luxemburg finanzierte Kartoffelchips-Fabrik ist an sich zwar rentabel. Sie kann ihre Produkte aber nicht exportieren, da es bislang keinen länderspezifischen Barcode für das Kosovo gibt.

Die Zeit drängt

Auch aus politischen Gründen drängt nach Ansicht Folscheids die Zeit, auf die Statusfrage endlich eine Antwort zu finden. Die unklare aktuelle Situation nutze vor allem den in der Illegalität operierenden albanischen Extremisten, die sich die Perspektive eines Großalbanians auf die Fahnen geschrieben haben. Zwar existiert bislang nur eine politische Partei unter den Kosovo-Albanern, die eine solche Politik offen vertritt. Sie vereinigt heute lediglich fünf Prozent der albanischen Wählerschaft auf sich. Doch dieses Bild kann sich rasch wandeln.

Wichtigstes Anliegen der Caritas-Studie ist deshalb die Bewertung der drei möglichen Statusmodelle, die für das Kosovo in Frage kommen. Da wäre zunächst eine Föderation mit der Republik Serbien. Auf den ersten Blick die politisch korrekteste Lösung, weil sie dem Trend einer weiteren Zerschlagung Rest-Jugoslawiens (zu dem formell auch noch Montenegro gehört) entgegenwirken würde. Folscheid sieht jedoch wesentliche Vorbedingungen für dieses Modell nicht erfüllt, das sozusagen die Fortführung des Modells von vor 1999 bedeuten würde. Das konnte damals die Menschenrechtsverletzungen und Massenmorde nicht verhindern. Die meisten Kosovo-Albaner sind für dieses föderati-

ve Modell nicht zu gewinnen, da sie nicht an eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, etwa bei der Führung des Staatengebildes, glauben. Von serbischer Seite besteht ebenfalls kaum die Bereitschaft, einen albanischen Politiker an der Spitze des Landes zu akzeptieren.

Eine Teilung des Kosovo in einen nördlichen serbischen und einen südlichen kosovarischen Teil ist derzeit die politisch wahrscheinlichste Lösung. Sie entspricht im Grunde genommen dem Status quo. Schon jetzt befindet sich das Gebiet nördliche des Ibar-Flusses unter direktem jugoslawischen Einfluss. Autozulassungen, Währung und Entlohnung der Funktionäre, all das wird von Belgrad aus organisiert. In anderen Teilen des Kosovo gilt hingegen der Euro als Zahlungsmittel, und auch die Steuern fließen in die eigene Region.

Opfer einer Teilung wären eindeutig die Kosovo-Serben, denn nur ein Drittel von ihnen lebt in dem nördlichen Teil, der Rest ist auf Enklaven im Kernland verteilt. Eine Teilung würde unweigerlich mit Umsiedlungen dieser Bevölkerungsteile einhergehen. Außerdem könnten somit nationalistische Bestrebungen, den albanischen Teil an ein wie auch immer geartetes Großalbanien anzubinden, erneut Auftrieb bekommen.

Deshalb plädiert Lex Folscheid in seiner Studie für eine Unabhängigkeit des Kosovo, die allerdings an eine Reihe von Bedingungen geknüpft sein muss. Ein unabhängiges Kosovo wäre unweigerlich von einer albanischen Mehrheit dominiert, was einen gesonderten Schutz der nicht-albanischen Minderheiten voraussetzen würde. Dieses Modell ist ohne ein verstärktes Mitwirken der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der Europäischen Union nicht denkbar. Ein auf sich gestelltes, unabhängiges Kosovo wäre sehr schwach und somit den Einflüssen der direkten Nachbarn unterworfen. Die Fehlleistungen der Befriedungsaktionen seit 1999 haben ebenfalls nicht zu einem handlungsfähigen Staatsapparat beigetragen.

Die Kritik, ein Unabhängigkeitsmodell würde nur den Interessen der Kosovo-Albaner gerecht, lässt Folscheid im Gespräch mit der woxx nicht gelten: "Das Modell ist auch im Interesse der Kosovo-Serben." Es sei ein Fehler der Serben gewesen, im vergangenen Jahr nicht an den Wahlen teilgenommen zu haben. Auch in Belgrad gelten die Kosovo-Serben eher als Problem. "Die Interessen der Republik Serbien stimmen nicht unbedingt mit denen der Kosovo-Serben überein."

Die Caritas ist zwar Auftraggeberin der Studie, spricht sich jedoch selber nicht für einen bestimmten Status aus. Ihre Sorge gilt vielmehr den Entwicklungsperspektiven in dem zerrütteten Land. Und die lassen vorerst nur einen Schluss zu: Eine Rückführung der kosovarischen Flüchtlinge ist zur Zeit weder moralisch vertretbar, noch einer Lösung der dortigen Probleme dienlich. Ob auch die Luxemburger Regierung diese Einschätzung teilt, das wird der Frühling zeigen. Denn Zwangsrückführungen im Winter waren von der schwarz-roten Koalition ausgesetzt worden.

Fapel unterstützt Neie Lycée

Die Eltern-Dachorganisation Fapel begrüßt das geplante Pilotprojekt Neie Lycée und wehrt sich gegen diesbezügliche Kritik von Lehrergewerkschaft Feduse sowie anderen VertreterInnen der herkömmlichen Schule. Der Vorstand der Feduse hatte moniert, dass immer mehr Erziehungsarbeit in die Schule verlagert werde und dabei auch die Eltern nicht mit Kritik verschont. "Wenn Eltern ihre Kinder im Neie Lycée anmelden, dann deshalb, weil das Konzept sie überzeugt hat, und nicht weil sie sie nachmittags von der Schule betreut haben möchten", weist die Fapel in einer Pressemitteilung die ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Schelte zurück. Besonders begrüßen die Eltern die neue pädagogische Ausrichtung des geplanten Pilotprojektes. Es sei irritierend, dass Vertreter der herkömmlichen Schule immer wieder betonten, Schule und Spaß müssten sich gegenseitig ausschließen. "Die meisten Eltern haben in ihrer Schulzeit erfahren, dass Lernen, Wissen und die damit verbundenen Erfolgserlebnisse durchaus Spaß machen können", schreibt die Fapel und fragt besorgt, "mit wie viel Enthusiasmus diese Lehrer wohl noch an ihren Beruf herangehen". Auch den Feduse-Standpunkt, ein Lehrer müsse Fachspezialist bleiben, teilt die Elternorganisation so nicht. LehrerInnen sollten auch bereit sein, "ihre didaktische Methode zu ändern, wenn sich zeigt, dass der Schüler mit einer anderen besser zurechtkommt."

RTL wirbt für Killerspiele

Über den tödlichen Amoklauf eines Schülers im US-Staat Minnesota, wie der Erfurter Amokschütze Robert Steinhäuser wahrscheinlich ein Fan gewaltverherrlichender Computerspiele, berichteten diese Woche alle Medien im Land, so auch RTL-TV. Dessen Jugendfernsehen Planet kann das offenbar nicht erschüttern. Es bewirbt am selben Tag ausgerechnet das PC-Spiel "Resident Evil". Das Shooter-Spiel, vom ZDF-Fernsehmagazin Frontal21 als besonders brutal eingestuft, ist eine realistische Darstellung von Splatter und Horror - so wirklichkeitsnah, dass sogar der begeisterte RTL-"Kritiker" einräumt, es könne "auch Erwachsene" erschrecken. Das Spiel ist ab 18 Jahren freigegeben und sei bei Cactus zu erwerben, informiert Planet unbekümmert weiter. Dass eine Vorgängerversion in Deutschland auf dem Index steht, Ebay sie deshalb aus dem Angebot genommen hat und Kinder und Jugendliche die Spiele problemlos im Handel erhalten können, das berichtet der Jugendsender aber nicht. Und wer nun behauptet, der Konsum gewalttätiger Medien habe nichts mit gewalttätigem Verhalten zu tun, der/dem sei ein Artikel der Süddeutschen Zeitung empfohlen: www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/787/1786/

Retro-Koordination



Die woxx ist, wie so oft, mit einem Notrad unterwegs. Nach dem Wechsel eines Kollegen zur bunt bebilderten Konkurrenz fehlt vorerst eine Person im Team, um die Zeitung ohne größere Probleme jeden Donners-tag unter Dach und Fach zu bringen. Damit das überhaupt klappt, gibt es die im Drei-Wochen-Rhythmus rotierende Funktion der Koordination. Und auch hier galt es, den Kollegen zu ersetzen. Um den Engpass zu überbrücken, wurde eine langjährige Außenmitarbeiterin - und zwischenzeitliche Abgeordnete - reaktiviert. Ihre Koordinationserfahrung datiert allerdings aus den Gründungszeiten der woxx vor 18 Jahren. Der Spickzettel von damals, den sie sich als Gedächtnisstütze mitbrachte, taugt nur bedingt: Das Heruntertragen des Kohleleimers oder das Einkleben der Illustrationen auf die Layoutvorlagen sind längst passé. Dafür musste die Mitarbeiterin in Sachen moderner Datenverarbeitung zunächst passen: Herausfiltern der Spam-Mails oder Herunterladen der Bilddateien, beides suchte sie auf ihrem Zettel vergebens. Aber immerhin: Am Ende erschien doch noch fristgerecht eine Zeitung, ansonsten hielten Sie diese jetzt nicht in den Händen.

